

Zeitschrift: Schweizer Ingenieur und Architekt
Herausgeber: Verlags-AG der akademischen technischen Vereine
Band: 98 (1980)
Heft: 38

Artikel: Schweizerische Bauwirtschaftskonferenz: aus dem Tätigkeitsbericht 1979/80
Autor: [s.n.]
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-74212>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 16.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Schweizerische Bauwirtschaftskonferenz

Aus dem Tätigkeitsbericht 1979/80

(SBK). Nach zuverlässiger Quelle sind im Jahre 1979 Bauten im Werte von 21,2 Mio Franken ausgeführt worden, was einer Zunahme von nominell 6,6 Prozent gegenüber dem Vorjahr entspricht. Verbessert hat sich vor allem die private Bautätigkeit, während die öffentlichen Bauinvestitionen auf dem bisherigen Stand blieben. Bemerkenswert ist die Zunahme des Anteils der Einfamilienhäuser an der Wohnbauproduktion. Im Zusammenhang mit solchen Zahlen wird auch immer wieder darauf hingewiesen, dass die Bauwirtschaft, repräsentiert von der Schweizerischen Bauwirtschaftskonferenz und den ihr angehörenden rund 90 Branchenorganisationen, mit etwa 42 000 Betrieben und fast 450 000 Beschäftigten sowie einem Anteil von etwa 13,0 Prozent am Bruttosozialprodukt zu den tragenden Pfeilern der schweizerischen Volkswirtschaft gehört.

Trotzdem spricht man immer wieder von einem «Zwischenhoch». Eine Fortsetzung der aufsteigenden Linie in die achtziger Jahre hinein ist keineswegs gesichert. Sicher ist der Bauwirtschaft nur die Ungewissheit. Die neusten Zahlen belegen, dass sich der öffentliche Bau weiterhin auf dem Rückzug befindet - und zwar aus finanzpolitischen, nicht etwa aus infrastruktursättigenden Gründen.

Der erfreuliche Aufschwung gründet auf dem (privaten) Hochbau, wobei der Wohnungsbau nach dem Abbau der «Leerwohnungshalden» die vorherrschende Rolle spielt, während die Bautätigkeit für Grossgewerbe und Industrie angesichts der politischen und wirtschaftlichen Unsicherheiten in der Welt kaum über das Mittelmass hinauswächst. Im Tiefbau - vom öffentlichen Bau entscheidend beeinflusst - bestehen nach wie vor freie Kapazitäten. Entsprechend spielt der Wettbewerb in dieser Sparte noch recht heftig.

Es besteht tatsächlich kein Anlass - auch angesichts des erfreulichen Aufschwungs - in Euphorie zu verfallen, besonders wenn man nur auf einem Bein (Wohnungsbau) steht. Diese Einbeinigkeit macht insbesondere das Bauhauptgewerbe, aber auch Teile des Planungs- und Zulieferbereichs für Rückschläge anfällig. Am widerstandsfähigsten ist - die Rezession bewies es - nach wie vor das Ausbaugewerbe. Die anhaltende Altbauanierungstätigkeit trug nicht wenig zu dieser Resistenz bei. Doch auch im Wohnungsbau wachsen die Bäume nicht in den Himmel, zumal dazu aufgrund der Bevölkerungsentwicklung nicht allzugrosse Hoffnungen bestehen.

Von der Quantität zur Qualität

Seit Jahren wendet sich die SBK vermehrt der weiteren Verbesserung der Bauqualität zu. Auf dieser Linie liegt die Schaffung des Forums «Mängel und Qualität im Bauwesen». Durch das Forum sind eine Reihe von interessanten Fallbeispielen bearbeitet und

daraus lehrreiche Schlüsse gezogen worden. Diese Arbeiten sind nun soweit gediehen, dass mit der Drucklegung der ersten Serie einer Schriftenreihe mit rund zehn Fallbeispielen unter dem Generalthema «Baumängel - Behebung und Vorbeugung» begonnen werden kann. In weiteren Einzelheften sollen thematisch gleich oder ähnlich gelagerte Fälle zusammengefasst werden. Die ersten drei Hefte werden im Herbst 1980 vorliegen, zwei weitere Hefte sollen bis zur «Swissbau 81» fertiggestellt sein.

Verfestigung der öffentlichen Baunachfrage

Die Verfestigung der (öffentlichen) Baunachfrage nimmt seit der Gründung auf der Prioritätenliste der SBK einen bevorzugten Platz ein. SBK-Präsident W. Messmer hatte sich an der Plenarversammlung des letzten Jahres nachdrücklich dazu geäußert: «Jede konjunktur- und finanzpolitische Manipulation mit der Manövriermasse Bauinvestitionen beeinträchtigt die volkswirtschaftlich und beschäftigungspolitisch erwünschte Verfestigung der Baunachfrage und darüber hinaus die Realisierung wichtiger wachstumspolitischer Ziele...» Ein Jahr später müssen wir feststellen, dass - der Not gehorchnad - jedenfalls auf Bundesebene die Bauinvestitionen nicht aus den Sparanstrengungen herauszuhalten sind. Allerdings gehört es kaum in ein Sparprogramm (im offiziellen Sparpaket auch nicht enthalten), wenn der Bundesrat das Budget 1980 des an der Quelle finanzierten Nationalstrassenbaus um 200 Mio Franken gegenüber dem mittelfristigen Bedarfsprogramm kürzt. Die Kürzung ist auch verkehrspolitisch mehr als fragwürdig, trägt sie doch in erster Linie zur Entstehung neuer Flaschenhälse bei.

Weniger abrupte «Wechselbäder»

Im Zeichen der notwendigen Aufgabenverteilung zwischen Bund und Kantonen wird sich auch das Postulat der Verfestigung vom Bund zu einem guten Teil auf die Kantone und Gemeinden verlagern. Hier kommt eine grosse Aufgabe auf die kantonalen Bauwirtschaftskonferenzen zu. Rückblickend stellt die SBK fest, dass die Verfestigungspolitik in der Zielsetzung sicher richtig, in der Praxis jedoch, vor allem im regionalen Rahmen, nur schwer durchführbar ist. Insbesondere muss sich hinter dem Postulat nicht nur politische Willensbildung, sondern auch effektiver Durchführungswillen aufbauen. Folglich sind Pendelausschläge auch in Zukunft nicht zu vermeiden. Die Bauwirtschaft wird deshalb nach wie vor - hoffentlich aber mit etwas weniger kalten - «Wechselbädern» leben müssen.

Das Geschäftsjahr 1979/80 der Schweizerischen Bauwirtschaftskonferenz kann trotz allen «Wenn und Aber» im allgemeinen als gutes Baujahr bezeichnet werden. Allerdings sind die branchenmässigen und regionalen Unterschiede recht bedeutend. Die Frage stellt sich: Wie weiter in die achtziger Jahre? Es kommt kaum von ungefähr, dass der Tagessreferent der diesjährigen Plenarversammlung, Bundesrat Furgler - vor allem aus staatspolitischen Gründen - dieses Thema gewählt hat. Die bevorstehenden Weichenstellungen (Aufgabenentflechtung, Ausländerfragen usw.) gehen insbesondere auch der Bauwirtschaft als bedeutsamem Zweig unserer Volkswirtschaft ans Mark.

Ist Baukostenentwicklung gleich Bauteuerung?

Mit der Normalisierung der Baunachfrage - mit den genannten Einschränkungen - war eine gewisse Baukostenentwicklung verbunden, die zum guten Teil fälschlicherweise als «Bauteuerung» bezeichnet wird. Der Vorstand der SBK (Büro) hatte sich schon im Jahre 1979 mit dieser Kostenentwicklung und ihren Auswirkungen beschäftigt. Bereits im Herbst letzten Jahres zeichnete sich ein Kostenzuwachs (Löhne, Sozialleistungen, Materialkosten) in der Grössenordnung von 5 bis 8 Prozent ab. Dass sich dank der verstärkten Nachfrage die Wettbewerbsverhältnisse etwas verändert haben und die Preise zumindest wieder auf Selbstkostenhöhe aufgerückt sind, ist zu begrüssen. Gewinnerzielung ist nicht nur marktgerecht, sondern auch für die arg rezessionsgeschüttelten Bauarten geradezu existenznotwendig. Dabei ist zu erwähnen, dass beim Zürcher Index für Wohnbaukosten der Höchststand der siebziger Jahre - nämlich der Indexwert von 1974 - ganz entgegen der andauernd steigenden allgemeinen Teuerung und der Lohnkostenentwicklung - bis 1979 nicht wieder erreicht wurde. Hinzu kommt, dass Preisänderungen, die sich aufgrund veränderter Komfort- oder Qualitätsansprüche ergeben (z. B. bessere Isolationen, Schallschutzmaßnahmen usw.) in der Regel nicht als Mehrleistung, sondern als Baukostenteuerung ausgewiesen werden. - Wenn immer wieder im Volksmund von Bauteuerung die Rede ist, so werden zumeist auch Hypothekarzinserhöhungen, Grundstückpreise usw. zu den Baupreisen mitzugezählt. Wo eine eklatante Baupreiserhöhung vorkommt, liegt ein Grund häufig auch darin, dass - seitens der Auftraggeber - zu kurze Planungs- und Ausführungsfristen (die sich z. B. in Überarbeitung niederschlagen) gefordert worden sind.

Woher die Arbeitskräfte?

Der Mangel an Fachkräften im Baugewerbe ist gegenwärtig gross. Von Branche zu Branche etwas unterschiedlich wurde und wird deshalb die Ausländerfrage diskutiert, wobei das Saisonierstatut im Mittelpunkt des Interesses steht. Dabei kommt das Statut grundsätzlich den ausländischen Arbeitskräften und ihrer meist engen Beziehung zum Heimatland sehr entgegen. Tausende von Saisonniers verzichten dehalb dankend auf den «abverdienten» Jahresaufenthalt. Im Lichte der künftigen Teuerungsentwick-

lung sowie des gegenwärtig herrschenden Mangels an Arbeitskräften gestaltet sich die Art der künftigen Ausgestaltung des Ausländergesetzes zu einer «Schicksalsfrage», von der nicht nur die Bauwirtschaft, sondern direkt oder indirekt die gesamte Volkswirtschaft unseres Landes betroffen ist.

Soll die Gesamtzahl der ausländischen Wohnbevölkerung in der Schweiz wie bisher stabilisiert bleiben, so müsste sich der jährliche Saisonier-Plafond angesichts der geplanten kürzeren Umwandlungszeit vom Saisonier zum Jahresaufenthalter sowie der Möglichkeit eines frühzeitigeren Familiennachzuges schätzungsweise von heute 110000 auf gegen 65000 Personen verringern. Damit würden die klassischen Saison-Gewerbe (Gastgewerbe, Fremdenverkehr, Landwirtschaft, Baugewerbe usw.) insbesondere in den ohnehin wirtschaftlich gefährdeten Bergregionen unmittelbar in ihrer Existenz bedroht. Fehlende Arbeitskräfte müssten – soweit dies überhaupt möglich wäre – aus der übrigen Wirtschaft rekrutiert werden. Auch gesamtwirtschaftlich ergeben sich schwerwiegende Konsequenzen, indem – bedingt durch den vermehrten Familiennachzug – der Anteil der gesamten Erwerbsbevölkerung der Schweiz erheblich reduziert würde. Dies wiederum müsste sich für sämtliche Erwerbszweige unserer Wirtschaft – und nicht nur für die direkt betroffenen Saison-Gewerbe infolge Verknappung auf dem Arbeitsmarkt und nutzloser Abwerbung in Kapazitätsengpässen und entsprechenden Lohnkostensteigerungen auswirken – was die internationale Konkurrenzfähigkeit noch weiter in Frage stellen würde.

Die gesamte Wirtschaft dürfte deshalb gut daran tun, die weitere Entwicklung der Ausländerfrage und die sich daraus ergebenden Konsequenzen aufmerksam und gründlich zu verfolgen, dies unter laufender Aufklärung der insgesamt betroffenen Bevölkerung unseres Landes. Dabei ist zu hoffen, dass im Rahmen des neuen Ausländergesetzes, welches das Saisonierstatut einbeziehen soll, eine zukunftsgerichtete Lösung gefunden werden kann, die beide Seiten befriedigt und vor allem die Überfremdungsgegner nicht wieder auf die Barrikaden bringt.

Zukunftsgerichtete und vielfältige Tätigkeit

Auf der Basis der periodischen Lagebesprechungen im Büro (Vorstand) und aufgrund der Aufträge von Präsidium und Vorstand haben die Geschäftsstelle und die verschiedenen Arbeitsgruppen im vergangenen Berichtsjahr eine vielfältige Tätigkeit entfaltet. In früher Erkenntnis, dass die notwendige Entflechtung der Aufgaben zwischen Bund und Kantonen und die vorhandenen, zum Teil starken regionalen Unterschiede das Vorhandensein von kantonalen Bauwirtschaftskonferenzen oder ähnlichen Organisationen notwendig machen, hat die Geschäftsstelle SBK eine interessante Ergebnisse zeigende Umfrage bei den kantonalen Bauwirtschaftsgremien durchgeführt. Die Enquête ergab, dass – bei vollständiger Übereinstimmung der Grundzielsetzungen – die Prioritäten hinsichtlich der zu erfüllenden Aufgabenbereiche etwas anders gesetzt werden als in der gesamtschweizerischen Konferenz. So treten die Bemühungen um die Ver-

stetigung der öffentlichen Bautätigkeit als künftige Aktivität etwas in den Hintergrund. Im Vordergrund stehen bei den Kantonen dagegen vermehrt die «praxisnäheren» Fragen der Begünstigung der privaten Bautätigkeit (Förderung des Bausparen, eigentumsfreundlichere Steuergesetzgebung, energieparende Investitionsanreize usw.). Postulante in Richtung Revision von Submissionsverordnungen (wettbewerbs- und bau-freundliche) oder Reprivatisierungsbemühungen werden zunehmend abgelöst durch Anstrengungen in Richtung eines Abbaus administrativer Hindernisse (einfachere Be-willigungspraxis, liberale Bauvorschriften usw.). Diese Verlagerung der Gewichte ist nicht zuletzt auch im Zusammenhang mit der Baumarktentwicklung zu sehen. Eher etwas stiefmütterlich behandelt wird bei den kantonalen Konferenzen die massgebende Informationstätigkeit nach aussen, was jedoch offenbar durch persönliche Tuchföhlung wieder ausgeglichen wird.

Die kantonalen Gremien sehen die grossen Aufgabengebiete in folgender Reihenfolge:

- Begünstigung der privaten Bautätigkeit (Wohneigentum und energiesparende Investitionen);
- Beseitigung administrativer Hindernisse (liberale Baubewilligungspraxis und Vorschriften);
- Verfestigung der öffentlichen Bautätigkeit;
- Beobachtung der laufenden regionalen Baumarktentwicklung;
- Bauwirtschaftsfreundlichere Wettbewerbsbedingungen (Reprivatisierung, Submissionsverordnungen).

Innerhalb der «Spitzengruppe» (Begünstigung der privaten Bautätigkeit) verteilen sich die Prioritäten wie folgt:

- wohneigentumsfreundlichere Steuergesetzgebung,
- steuerliche Privilegierung für energiesparende Investitionen,
- Verwirklichung eines Bausparsystems,
- günstige Kredite für Energiesparmassnahmen.

Aus der Tätigkeit der Arbeitsgruppen

Selbstinitiative «Bausparen»

Schon vor der Umfrage bei den kantonalen Bauwirtschaftskonferenzen erkannte man bei der SBK die zentrale Bedeutung der Wohneigentumsförderung. Deshalb hat sich die SBK an einer von der Schweiz Bankiervereinigung ins Leben gerufenen gemischten Arbeitsgruppe «Bausparen» beteiligt. Die bisherigen Gespräche sind konstruktiv verlaufen.

Da sich die notwendige Wohneigentumsförderung als gesellschaftspolitisches Anliegen erster Ordnung in der Schweiz nicht in erster Linie auf staatliche Förderungsmassnahmen abstützen soll, sieht die SBK ein wichtiges Instrument in der Förderung und Privilegierung des Bausparen durch das private Banksystem. Wie die Gespräche im Rahmen der Arbeitsgruppe gezeigt haben, wäre eine Bevorzugung des Bausparen durch die öffentliche Hand (insbesondere über Erleichterungen in den kantonalen Steuergesetzen) für einen Erfolg unerlässlich. Eine nicht wiederkehrende Gelegenheit zur Förderung

des Bausparen auf Bundesebene bildet heute auch das neuzuschaffende Altersvorsorgegesetz, wonach – gemäss Entwurf – beträchtliche Mittel der 2. Säule teilweise für den Erwerb von Wohneigentum nutzbar gemacht werden könnten. Ferner ist vorgesehen, im Rahmen der 2. Säule auch das Wohneigentumssparen (sparen und amortisieren) als Vorsorgeform anzuerkennen und steuerlich zu privilegieren. Diese einmalige, aber nicht unbestrittene Möglichkeit der Wohneigentumsförderung auf der Basis der beruflichen Altersvorsorge, müsste jetzt wahrgenommen und im Rahmen von privaten Bausparmodellen innerhalb des gesamten Banksystems nutzbar gemacht werden. Die SBK wird demnächst mit einer diesbezüglichen Eingabe an die Bankiervereinigung herantreten und hofft, der Entscheid der Banken werde im Sinne eines umfassenden Konzeptes positiv ausfallen.

Mitglieder der SBK waren auch in der Expertenkommission des Bundes «Eigentumsförderung» (Masset) vertreten. Da die Eigentumsförderung teilweise der «Aufgabenverteilung zwischen Bund und Kantonen» zugeschlagen wird, müssen sich logischerweise die Aktivitäten zu einem wesentlichen Teil auf die kantonalen Bauwirtschaftskonferenzen verschieben. Es ist vor allem zu hoffen, dass eigentumsfördernde Massnahmen nicht an engstirnigen föderalistischen Bedenken scheitern und in finanzpolitischen Engpässen verwenden.

Lücken schliessen bei der Haftpflichtversicherung

Seit dem Sommer 1979 besteht auch eine SBK-Arbeitsgruppe «Haftpflichtversicherung». Eine Delegation dieser Arbeitsgruppe bemüht sich zur Zeit in Gesprächen mit der Unfalldirektorenkonferenz (UDK) um eine Anpassung und Verbesserung von Versicherungsbedingungen in der Bauwirtschaft. Dabei geht es vor allem um die Deckung gewisser Lücken bei der Betriebshaftpflichtversicherung im Rahmen der zunehmend an Bedeutung gewinnenden Arbeitsgemeinschaften. Probleme um «Schäden an bearbeiteten Sachen» sowie das «Ende der Versicherungsdeckung/Verjährung» sind weitere Gesprächspunkte.

Nachwuchssorgen

Im Laufe des Berichtsjahres wurde eine Arbeitsgruppe «Allgemeine Nachwuchsförderung» ins Leben gerufen. Die Kommission hat den Auftrag, Vorschläge mit dem Ziel zu erarbeiten, wie bei der Jugend das Image der Bauberufe ganz allgemein aufgewertet werden könnte.

In der Zielrichtung «Nachwuchsförderung» liegt auch der Beitritt zum Verein «Jugend und Wirtschaft», da es die SBK als sinnvoll erachtet, dem Wunsch der Erziehungsdirektorenkonferenz nach vermehrtem Kontakt zwischen Schule und Wirtschaft über zentrale Stellen nachzukommen. Die Arbeitsgruppe behandelt insbesondere auch die Frage, wie im Bereich der allgemeinen Nachwuchsförderung die gesamte Bauwirtschaft an die interessierte Öffentlichkeit herantreten und ihre Vielfalt (Planung, Bauausführung, Zuliefererindustrien) zeigen könnte. Dies gilt vor allem in bezug auf die Lehrerorganisationen, Berufsberater und den erwähnten Verein «Jugend und Wirtschaft», wobei beim letzten ein gemeinsames Auftreten sowie das di-

rekte Gespräch unerlässlich sind. Dabei dürfen die verbandseigenen Bemühungen hinsichtlich der Nachwuchswerbung für die spezifischen Bauberufe in keiner Weise beeinträchtigt werden.

In eine ähnliche Richtung zielt auch der Beitritt der SBK zur SIDI Swiss Industrial Development Institute Society (SIDI), die sich als Zusammenschluss der Kreise aus Wirtschaft, Schulwesen und öffentlicher Verwaltung versteht, die an der besseren Ausbildung von Führungskräften und Berufsfachleuten für das Ausland interessiert sind. Für die SBK geht es dabei um einleitende «gute Dienste» zugunsten des Exportes von Bauleistungen.

Information der Öffentlichkeit

Die bestehende Arbeitsgruppe «Öffentlichkeitsarbeit» beschäftigt sich schon längere Zeit mit dem SBK-Beitrag im Rahmen der «SWISSBAU 81». Der Beitrag der SBK an der grossen Baumesse – auch die Baumaschinenmesse stösst 1981 erstmals dazu – wird, wie die Thematik der «SWISSBAU» an sich, vor allem zukunftsorientiert sein. So ist beabsichtigt, dass sich die SBK erneut mit einem Stand im Rahmen der Sonderschau «Die Bauwirtschaft morgen – Anforderungen und Leistungen» beteiligen wird. Unter

dem gleichen Generalthema sind auch die SBK-Verbände eingeladen, mit eigenen Beiträgen mitzuwirken und spezifische Zukunftsfragen aus ihren Branchen zu behandeln.

Im Bereich der Geschäftsstelle wird die laufende Öffentlichkeitsarbeit durch den Pressebeauftragten wahrgenommen. Im Auftrag des Büros und in Zusammenarbeit mit den in der Arbeitsgruppe «Statistik» vertretenen Verbänden bearbeitet die Geschäftsstelle ferner den viertjährlich herausgegebenen «Bauwirtschaftsspiegel». Er dient den geschlossenen Verbänden, den für Baufragen zuständigen Behörden, Politikern und Wirtschaftsfachleuten sowie insbesondere der Presse als zuverlässige Hintergrundinformation über die Lage der Bauwirtschaft.

Auch das Thema «Schwerverkehrsabgabe» war erneut Gesprächsgegenstand. Bereits in den Jahren 1977/78 wurden seitens der in der SBK vertretenen Organisationen der Zulieferindustrie – leider erfolglos – Vorstösse unternommen, die darauf abzielen, die stossende Bevorzugung ausländischer Strassentransporteure gegenüber dem einheimischen Transportgewerbe in den Grenzregionen unseres Landes zu beseitigen (vgl. dazu auch den «Bauwirtschaftsspiegel», Nr. 11). Statt diese Privilegien abzubauen, würden die be-

stehenden Wettbewerbsverzerrungen nun mit der in Diskussion stehenden Einführung einer Schwerverkehrsabgabe durch die gleichzeitige Befreiung ausländischer Transporte in den Grenzregionen noch verschärft. Das Büro hat eine aus Vertretern der SBK-Gruppe «Zulieferindustrien» zu bildende Kommission beauftragt, alles daranzusetzen, um im Rahmen der allfälligen Einführung einer Schwerverkehrsabgabe insbesondere in den Grenzgebieten der Schweiz eine Gleichbehandlung der einheimischen und ausländischen Strassenverkehrsparteure sicherzustellen.

Die Geschäftsstelle sieht eine ihrer Hauptaufgaben nach wie vor darin, die statistischen Erhebungen der bauwirtschaftlichen Verbände zu erfassen, auszuwerten und zwecks Lage- und Zukunftsbeurteilung sinnvoll zu verwerten. In diesem Zusammenhang wird gelegentlich auch die Herausgabe eines Pressedienstes zu prüfen sein.

Die Schweizerische Bauwirtschaftskonferenz – angesiedelt zwischen dem Schweiz. Gewerbeverband und dem Vorort (SHIV) – hat, flankiert von den kantonalen Organisationen, in den fünf Jahren ihres Bestehens eine beträchtliche Ausstrahlungskraft gewonnen und findet auch Gehör.

Umschau

Keine Energie-Alternativen für Indiens Landbewohner

Indien wird in diesem Jahr mindestens zwei Drittel seiner gesamten Exporteinnahmen für Erdöl und Erdölprodukte ausgeben müssen. Die für andere Länder mit gleichem Entwicklungsstand wichtigste Alternative, die Kernkraft, kann aus politischen Gründen nicht in grossem Ausmass weiterentwickelt werden: Die «friedliche» indische Atomexplosion im Mai 1974 hat die Nachbarn und die Grossmächte erschreckt und vorsichtig gemacht. Aus Nationalstolz und aus Protest gegen die Vorrechte für die Atomwaffenmächte haben sich alle indischen Regierungen geweigert, den Atomsperervertrag zu unterzeichnen oder internationale Kontrollen zu akzeptieren – die Folge ist eine ausserordentlich grosse Zurückhaltung fast aller Staaten bei der atomaren Zusammenarbeit mit Neu Delhi.

Seit vielen Jahren wird deshalb in den indischen Universitäten und Forschungsinstituten sowie in den zuständigen Regierungskomitees über die Nutzung alternativer Energien gesprochen, hauptsächlich über die Erzeugung von Biogas aus landwirtschaftlichen Abfällen und über die Sonnenenergie. Das Potential ist in beiden Fällen riesig: Beispielsweise bei der Verarbeitung von Zuckerrohr fallen Rückstände in Massen an, und die Wasserhyazinthen, die fast in allen Flüssen, Teichen und Abwasserkanälen eine Plage sind, könnten endlich «geerntet» und nutzbringend verwendet werden. Sonne gibt es im Überfluss – es fehlt nur an einfacher und billiger Technologie zu ihrer Nutzung. Bei einem Seminar über «Energie-Politik, Probleme und Aussichten» im südindischen Hyderabad ist kürzlich allerdings deutlich geworden, dass die rund 500 Millionen Men-

schen, die in Indien auf dem Land leben, noch längst nicht die von Wissenschaftlern und Technikern gefundenen Lösungen akzeptieren. Von den bestehenden 50 000 Biogasanlagen in den Dörfern sind, wie es ein Experte schätzt, allenfalls 1000 in Betrieb. Die Bauern und die Landarbeiter, in ihrer grossen Mehrheit Analphabeten, sind auf der einen Seite traditionsverhaftet und schwer an neue Techniken zu gewöhnen. Andererseits aber haben sie sich auch an die leicht zu nutzenden Vorteile der modernen Zeit gewöhnt und sind davon schwer abzubringen: Tagelang umlagern sie die Tankstellen mit Blechkannen und -dosen, bis wieder Kerosin geliefert wird, mit dessen Hilfe am einfachsten eine warme Mahlzeit zubereitet werden kann.

Wenn die Versorgungsprobleme mit dem Erdölprodukt zu lange dauern, müssen die Frauen zum Sammeln von Holz und Kuhmist ausschwärmen. Für die armen Landbewohner ist das immer noch das Billigste – es kostet sie nichts. Für das Land im ganzen aber hat es verheerende Folgen, denn Büsche und Bäume werden ausgerissen und abgehackt, bevor sie noch einen Meter hoch sind. Es wachsen keine Wälder nach, und Klimaveränderungen und Bodenerosion zerstören zunehmend die Lebensgrundlage. Der Dung wäre besser dazu geeignet, auf die Felder gebracht zu werden. Stattdessen muss Kunstdünger, ebenfalls aus Erdöl hergestellt, eingesetzt werden.

Bei der angestrebten Nutzung der Sonnenenergie werden viele ehrgeizige Projekte verfolgt. Zwei Universitäten haben jedoch auch einfache Sonnenkocher entwickelt, deren Einsatz schon seit einigen Jahren propagiert wird. Der Apparat, den die Forscher der Hochschule in Bardoli im Bundesstaat Guja-

rat vorstellten, kostet fix und fertig knapp hundert Mark – sicher eine grosse Ausgabe für die Armen auf dem Land, die soviel mitunter im ganzen Jahr nicht verdienen. Andererseits gibt es auch unter den Bauern kaufkräftige Leute, und das Prinzip dieses Kochers ist mit wenigen Einzelteilen weit billiger erhältlich. Erforderlich ist dann noch einige Eigenarbeit.

Zum verbreiteten Einsatz der neuen, simplen Technologie ist es bisher trotzdem nicht gekommen. Ein Experte in Hyderabad gab dafür eine Erklärung, die vermutlich eher trifft als alle Überlegungen der Politiker und Soziologen über die «Rückständigkeit» indischer Landbewohner: Die Bauern und Landarbeiter sind gewohnt, die erste Mahlzeit noch vor Sonnenaufgang zu kochen. Dann bleiben sie den ganzen Tag draussen und nehmen das nächste warme Essen zu sich, wenn die Sonne bereits wieder untergegangen ist. Ein Sonnenofen nützt ihnen dabei gar nichts.

Bemannte Weltraummissionen mit Ballons

Die italienischen Ballonflüge zur Erforschung des Weltraums, die in diesen Sommerwochen mit «Odissea 80» (Odyssee 80) ihre sechste Auflage erleben, sollen weiter vervollkommen werden: Es ist geplant, ein Forschungslabor vom Typ «Spacelab», das Europa für das amerikanische Raumtransporterprogramm «space Shuttle» entwickelt hat, für solche Flüge herzurichten und, unter den Riesenballons angebracht, in vierzig Kilometer Höhe zu schicken. Die Labors sollen je nach Aufgabe mit verschiedenen Instrumenten ausgestattet werden, und man könnte – das insbesondere ist das Neue an dem Plan – die Ballonmissionen auch bemannen.